Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9299**
14. Wahlperiode 07. 06. 2002

Fragen

für die Fragestunde der 241. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 12. Juni 2002

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	5
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	32
Böttcher, Maritta (PDS)	18, 19
Breuer, Paul (CDU/CSU)	10
Ehlert, Heidemarie (PDS)	14, 15
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	17
Dr. Fink, Heinrich (PDS)	20, 21
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	8, 29
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	3, 4
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	30, 31
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	34, 35
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	26, 27
Lenke, Ina (FDP)	1, 2
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	6
Lötzer, Ursula (PDS)	24, 25
Maier, Pia (PDS)	22, 23
Marschewski, Erwin (Recklinghausen) (CDU/CSU)	28
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	16, 33
Nolting, Günther Friedrich (FDP)	7
Ostrowski, Christine (PDS)	12, 13
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	9
Wittlich, Werner (CDU/CSU)	11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Wann stehen alle verwaltungstechnisch notwendigen Informationen, Verfahrensregelungen und Rechtsverordnungen zur Verfügung, damit das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) kompetent und qualifiziert über die neuen gesetzlichen Vorschriften des § 14c Zivildienstgesetz mit den Möglichkeiten der Ableistung eines Freiwilligen Sozialen Jahres/Freiwilligen Ökologischen Jahres (FSJ/FÖJ) beraten kann, und welche inhaltliche Aufgabe wird dem BAZ bei der Beratung der Kriegsdienstverweigerer zukommen?

2. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Wie wird sich die Möglichkeit der Ableistung eines FSJ/FÖJ auf die Personalsituation im BAZ auswirken, und wie wird die Gesetzesänderung bei der Neuorganisation des BAZ berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Akzeptanz der erneuerbaren Energien bei den Bürgern zu stärken, da trotz vielfach positiver Einstellung zur Nutzung dieser Energien zahlreiche Projekte vor Ort auf erbitterten Widerstand von Anwohnern, Kommunen oder unteren Behörden stoßen?

4. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem von Prof. Dr. Hohmeyer (Universität Flensburg) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes erarbeiteten Gutachten „Vergleich externer Kosten der Stromerzeugung in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“, wonach der Biomasse für verschiedene Umweltschäden ein Bonus von 0,137 Euro pro kWh zustehen müsste, und was unternimmt sie, um die externen Kosten zu internalisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

5. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

In welchem Volumen gedenkt die Bundesregierung nach dem EU-Kompromiss Mittel zur optimalen Umsetzung der Wettbewerbshilfe für Werften einzusetzen?

6. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausschluss der mit digitalen Empfangsgeräten ausgestatteten deutschen Fernsehzuschauer von der Übertragung der Spiele zur Fußball-Weltmeisterschaft 2002 vor dem Hintergrund des in der EG-Richtlinie zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit (Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“) festgeschriebenen Gebots der Ausstrahlung von Ereignissen erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Zu welchen Ergebnissen kommt der deutsch-britische Bericht zu den Umständen im Zusammenhang mit dem fatalen Seeschiffsunglück, das sich am 6. März 2002 neben der HMS Cumberland ereignete, und warum wurde dieser Bericht dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages bisher nicht zugeleitet?

8. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)

Sieht die Bundesregierung angesichts etwaiger US-amerikanischer Planungen für einen Militärschlag gegen den Irak nunmehr Anlass, vorsorglich eigene Einheiten und Material der ABC-Kräfte der Bundeswehr aus der im Kriegsfall unmittelbar betroffenen Region aus Kuweit abzuziehen?*)

---

*) siehe hierzu auch Frage 29

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

9. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, dass die nach dem Sturm „Lothar“ im Dezember 1999 eingerichteten Nasslager zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung und Qualitätsverlusten bis Ende 2003 ausgelagert sein sollten, eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 70 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung und § 29 Straßenverkehrsordnung zum Abtransport von Langholz aus Nasslagern, mit einer Erhöhung der zulässigen Gesamtgewichte, bis zum Ende des Jahres 2003 zu erteilen?

10. Abgeordneter **Paul Breuer** (CDU/CSU)

Sind die Vorarbeiten der Bundesregierung zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes bereits so fortgeschritten, dass nunmehr eine definitive Aussage über die Aufnahme des Weiterbaus der Hüttentalstraße (Bundesstraße B 62) von Siegen-Süd (Nordrhein-Westfalen) bis Niederscheiderhütte (Rheinland-Pfalz) in den vordringlichen Bedarf getroffen werden kann?

11. Abgeordneter **Werner Wittlich** (CDU/CSU)

In welchem Zeitraum kann der Weiterbau der Hüttentalstraße (Bundesstraße B 62) von Siegen-Süd (Nordrhein-Westfalen) bis Niederscheiderhütte (Rheinland-Pfalz) nach Einschätzung der Bundesregierung verwirklicht werden?

12. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das bisher veranschlagte Finanzvolumen von rd. 350 Mio. Euro für den Erlass von Altschulden von Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern nach § 6a Altschuldenhilfegesetz (AHG) im Interesse des Erhalts der betroffenen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen mit dem nächsten Haushaltsplan aufzustocken, und wenn ja, in welcher Höhe?

13. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Wie viele der für 2002 veranschlagten Bundesmittel für das Stadtumbauprogramm Ost sind inzwischen den betroffenen Ländern und Kommunen zugeflossen, und wie viel davon konnte bereits wirksam für den Stadtumbau Ost eingesetzt werden?

14. Abgeordnete **Heidemarie Ehlert** (PDS)

Wie viele Anträge von Wohnungsunternehmen auf Erlass von Altschulden für abgerissenen Wohnraum nach § 6a des AHG wurden bisher mit welchem Volumen bewilligt?

15. Abgeordnete **Heidemarie Ehlert** (PDS)

Hält die Bundesregierung das bisher veranschlagte Finanzvolumen von 100 Mio. bis 150 Mio. Euro jährlich für das Stadtumbauprogramm Ost nach wie vor für ausreichend, oder beabsichtigt sie, es im Interesse des zwingend notwendigen Stadtumbaus mit dem nächsten Haushaltsplan ab 2003 aufzustocken?

16. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die ICE-Neubaustreckenverbindung Nürnberg – Berlin mit Anbindung der Region Oberfranken vor dem Hintergrund der Ablehnung durch die SPD-Landtagsfraktion in Bayern (vgl. Coburger Tageblatt vom 3. Juni 2002) weiterhin aufrecht, und wenn ja, wann wird eine endgültige Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG (DB AG) abgeschlossen?

17. Abgeordneter **Albrecht Feibel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind seit der Privatisierung der Bahn Zuschüsse des Bundes an die DB AG geflossen (ich bitte um eine Auflistung nach den Jahren 1998, 1999, 2000 und 2001 sowie jeweils nach Unternehmensbereichen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

18. Abgeordnete **Maritta Böttcher** (PDS)

Wären nach Auffassung der Bundesregierung Einschreibgebühren und Studiengebühren für so genannte Langzeitstudierende, deren Einführung die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen plant, im Falle eines Inkrafttretens der vom Deutschen Bundestag beschlossenen sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes zulässig?

19. Abgeordnete **Maritta Böttcher** (PDS)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, das vom Deutschen Bundestag in der sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes beschlossene Studiengebührenverbot dahin gehend nachzubessern, dass zumindest für das gesamte Erststudium ausnahmslos Studiengebühren ausgeschlossen werden?

20. Abgeordneter **Dr. Heinrich Fink** (PDS)

Wäre nach Auffassung der Bundesregierung die Realisierung des im Rahmen einer durch Pressemeldungen bekannt gewordenen Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Universität München und dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) entwickelten Modells zur Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester im Falle eines Inkrafttretens der vom Deutschen Bundestag beschlossenen sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes zulässig?

21. Abgeordneter **Dr. Heinrich Fink** (PDS)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche weiteren Hochschulen das im Oktober 2001 vom CHE unterbreitete Kooperationsangebot „Studiengebühren als Optionen für autonome Hochschulen“ angenommen und Kooperationsvereinbarungen zur Entwicklung von Modellen zur Einführung von Studiengebühren abgeschlossen haben?

22. Abgeordnete **Pia Maier** (PDS)

Wäre nach Auffassung der Bundesregierung das Land Baden-Württemberg im Falle eines Inkrafttretens der vom Deutschen Bundestag beschlossenen sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes verpflichtet, die im Lande erhobenen Studiengebühren für so genannte Langzeitstudiengebühren abzuschaffen?

23. Abgeordnete **Pia Maier** (PDS)

Wäre nach Auffassung der Bundesregierung das Land Rheinland-Pfalz im Falle eines Inkrafttretens der vom Deutschen Bundestag beschlossenen sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes verpflichtet, auf die Erhebung von Studiengebühren in Folge der Einführung von Studienkonten zu verzichten?

24. Abgeordnete **Ursula Lötzer** (PDS)

Welche Haltung hat die Bundesregierung zur von nordrhein-westfälischen Studierenden in einer landesweiten Demonstration in Düsseldorf am 8. Juni 2002 sowie in Streiks an rd. 20 Hochschulen zum

Ausdruck gebrachten Forderung nach Sicherung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ohne Wenn und Aber?

25. Abgeordnete
Ursula Lötzer
(PDS)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Ausbildungsförderungsreformgesetz erreichten Verbesserungen in der studentischen Ausbildungsförderung, wenn gleichzeitig Studierende von Ländern wie Nordrhein-Westfalen in zunehmendem Maße durch Gebühren belastet werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

26. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Diskriminierungen von katholischen Christen in Russland, die zumeist der deutschen Minderheit angehören, wie sie Presseberichten zufolge, nach vielen Jahren der Religions- und Glaubensfreiheit, vor allem im Konflikt mit der russisch-orthodoxen Kirche, verstärkt zu Tage treten, und wie begründet die Bundesregierung ihre der Medienberichterstattung zu entnehmende Haltung, es gebe keinen direkten politischen Handlungsbedarf (Kirchliche Nachrichtenagentur vom 22. Mai 2002)?

27. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verfahren zur Aufnahme von Spätaussiedlern, vor dem Hintergrund der zunehmenden Konflikte mit der russisch-orthodoxen Kirche, zu beschleunigen, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung bezogen auf das beschlossene Zuwanderungsgesetz?

28. Abgeordneter
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
(CDU/CSU)

Wie stellt die Bundesregierung ganz konkret (bitte detaillierte Antwort) über die Festlegung im Gemeinsamen Standpunkt hinaus sicher, dass keine/r der in der Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer, vom 6. Juni 2002 auf meine schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 5/154 erwähnten militanten 13 Palästinenser aus den anderen EU-Aufnahmeländern nach Deutschland einreist (die wegen der Zuständigkeit für Einreise und Aufenthalt von Ausländern erkennbar in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern und nicht des Auswärtigen Amts fallende

Teilfrage wurde nicht beantwortet) und welches sind ganz konkret die in der Antwort auf o. a. schriftliche Frage genannten „grundsätzlichen politischen Erwägungen“, wegen derer Deutschland keine/n der 13 militanten Palästinenser aufgenommen hat?

29. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (PDS)

Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund etwaiger US-amerikanischer Planungen für eine Militärintervention im Irak Vertretern der USA Gelegenheit gegeben, in Deutschland Gespräche mit Vertretern der kurdischen Oppositionskräfte im Irak zu führen (vgl. Berliner Zeitung vom 22. April 2002)?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

30. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche personellen und strukturellen Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union sieht die Bundesregierung für den Bundesgrenzschutz (BGS)?

31. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen für den BGS sieht die Bundesregierung im Hinblick auf das Gespräch der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten über eine gemeinsame Grenzpolizei für die Europäische Union?

32. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Zu welchen konkreten, d. h. auf Zahlen, Untersuchungen und Feststellungen basierenden Ergebnissen und Erkenntnissen ist die Arbeit der „Ostsee-Task-Force“ zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität – insbesondere bezogen auf die Expertengruppen „Illegale Migration“ und „Frauenhandel“ sowie die „Nordische Zusammenarbeit zwischen Kriminalermittlungsdienststellen“ (CID) – bis zum heutigen Tage – auch nach Auswertung von Vorfällen befreundeter Ostsee-Nachbarstaaten – gekommen, und welche greifbaren Schritte werden ihrerseits in Erwägung gezogen, um dem Problem des Menschenhandelns in der Ostseeregion wirksam entgegenzutreten?

*) siehe hierzu auch Frage 8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)

Warum sind bei der EU in den letzten Jahren Strukturfördermittel für die strukturschwächeren Fördergebiete nicht abgerufen worden, und entspricht es den Tatsachen, dass über 80 Mrd. Euro Strukturfördermittel von der EU nicht verwandt wurden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 28. Mai 2002)?

34. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Gibt es bei der Besteuerung US-amerikanischer REITS in Deutschland eine unterschiedliche Klassifizierung in „Fonds“ bzw. „Kapitalgesellschaften“, und was sind die steuerlichen Folgen der jeweiligen Klassifizierung für den Steuerpflichtigen?

35. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Wer nimmt die Klassifizierung des konkreten REITS vor, und haben die Finanzämter vor Ort dabei einen Handlungsspielraum?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333